

KLARTEXT

aus dem Bundestag



Auf in das Superwahljahr 2024

2024 wird ein besonderes Jahr. Nicht nur die in Thüringen sehnlichst erwartete **Landtagswahl** (wir erinnern uns alle daran, dass Neuwahlen versprochen wurden, die bis heute nicht stattfanden), sondern auch die für die regionale Verankerung enorm wichtigen **Kommunalwahlen** und die Wahl zum **Europäischen Parlament** stehen vor der Tür. Bevor es aber Grund zum Feiern gibt und die Umfragen endlich zu realen Sitzen im Parlament werden, wird sehr viel **Arbeit** vor uns stehen, denn noch immer ist nicht jeder sicher, wieso die Alternative für Deutschland den entscheidenden **Unterschied** machen und die **blaue Wende** die politische **Talfahrt** Deutschlands **beenden** wird. Für uns steht fest: nur mit einer AfD in Verantwortung können wir die Herausforderungen unserer Zeit endlich angehen. Egal ob es der **eklatante Lehrermangel** ist, der mit immer schlechteren Ergebnissen in internationalen Vergleichsstudien einhergeht, oder die **miserable Haushaltslage**, die nicht nur dem Bund, sondern auch Ländern und Kommunen zu schaffen macht, als AfD haben wir die Lösungen, die die Bürger sich wünschen. Wir wollen ein Ende des **zwangsfinanzierten Rundfunks**, eine **Abschiebeoffensive**, die den Namen verdient, eine sichere und nicht vom Wetter abhängige, **bezahlbare Stromversorgung**, eine wirksame Entlastung der Bürger und den Einsatz von staatlichen Mitteln dort, wo sie wirklich gebraucht werden, abseits von ideologischen Stuhlkreisen, die nichts anderes sind als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Linksgünen.

Feststeht, dass wir das nur **mit Ihrer Hilfe** erreichen können. Im Wahlkampf werden alle Hände gebraucht, um **Plakate** zu hängen, **Informationen** zu verteilen und an Infoständen sowie bei Veranstaltungen Präsenz zu zeigen. Wir dürfen uns unter keinen Umständen einschüchtern lassen von den Angriffen, die immer aggressiver werden. Denn wir haben die historische Chance, Thüringen blau zu machen, Verantwortung zu übernehmen und im elften Jahr der Parteigeschichte wirklich **gestalten** zu können.

Ihr/Euer Stephan Brandner



www.stephan-brandner.de

Lesen und weitergeben!

Januar 2024

8. Jahrgang, Ausgabe 21, 01/2024

Auch Bundestagspräsidentin lässt sich von unserem Geld 'schön' machen!

Nach den Enthüllungen hinsichtlich der immensen Ausgaben der Mitglieder der Bundesregierung für Frisuren und Kosmetik sowie dem Skandal, dass auch die ehemalige Bundeskanzlerin, die weitestgehend von der 'Bildfläche verschwunden' ist, sich noch immer die Föhnwelle vom Steuerzahler finanzieren lässt, habe ich herausgefunden, dass auch Bärbel Bas als Bundestagspräsidentin Steuergelder nutzt, um sich herrichten zu lassen. Mir ist es völlig unverständlich, wieso eine Person, die über 20.000 Euro im Monat verdient, nicht in der Lage sein sollte, die Kosten für ihr äußeres Erscheinungsbild selbst zu übernehmen, zumal das Aufhübschen auf Steuerzahlerkosten in der Vergangenheit offensichtlich gar kein Thema war.



Keine Verschwörungstheorie: Regierung fliegt Migranten ein!

Die Bundesregierung hat seit 2017 mehr als 22.000 Migranten eingeflogen. Rund 85 Prozent von ihnen stammen aus Syrien, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Kleine Anfrage hervorgeht. Während die Bundesregierung in der aktuellen Haushaltskrise nach Milliarden sucht, ist offensichtlich immer noch genug Geld für das Einfliegen von Asylbewerbern vorhanden.

Die Zahl der Asylanträge hat bereits heute einen inakzeptablen Rekordwert erreicht. Die Bundesregierung muss dazu nicht weitere Migranten einfliegen, um sie großzügig zu alimentieren. Wer bisher an Verschwörungstheorien geglaubt hat, wird eines Besseren belehrt: Die knapp 82 Millionen Euro, die seit dem Jahr 2010 für diesen Zweck allein als Reisekosten und für das Aufnahmeverfahren geflossen sind – hinzu kommen ja noch die Unterhaltskosten in der darauffolgenden Zeit in Zigmillionen-Höhe –, könnte man wahrlich im Sinne der Bürger des Landes deutlich besser verwenden."



#BRANDNERUNTERWEGS



Bürgerdialog Spenberg



Staatsarchiv Greiz



Talsperre Zeulenroda



Vororttermin Fockendorf



Treffen der Justiziere



Bürgerdialog Heidelberg



Kirchenbesuch Meuselwitz



Bundespressefahrt Berlin



Aufstellungsversammlung Thüringen



Infostand Gera



Bürgerdialog in Greiz



Volkstrauertag



Infostand Altenburg



10 Jahre KV Mittelthüringen



OB-Wahlkampf Pirna



Weihnachtsfeier Gera



Bürgerdialog Meuselwitz



Veranstaltung im Bundestag



Bürgerdialog Zeulenroda



Bürgerdialog Frankenthal



Bürgerdialog Panketal

Keine Erstaufnahmeeinrichtung in Gera!

Das Land Thüringen wird in Gera eine Erstaufnahmeeinrichtung mit bis zu 700 Plätzen entstehen lassen. Das soll bis zu 3,8 Millionen Euro kosten. Dieses Vorhaben gehört vollständig abgelehnt. Die Stadt Gera kann die Aufnahme weiterer Einwanderer nicht schultern. Entweder spürt der Oberbürgermeister klammheimliche Freude oder er flunkert oder in der Landesregierung nimmt ihn keiner Ernst. Wie auch immer: Er hat vollständig versagt. Seine angeblichen Widerworte zeigen keinerlei Wirkung. Ich frage mich, ob es Gespräche mit Ramelow und Co. überhaupt gab oder ob Vonarb den Widerstandskämpfer nur in der Öffentlichkeit gibt, um sich wenigstens noch einen Hauch der Chance auf eine Wiederwahl zu bewahren. Für mich steht fest, dass es in Gera kein neues Flüchtlingslager geben darf. Gera ist schon überfordert und überlastet. Auch die Kriminalität durch Ausländer in unserer Stadt ist beängstigend und wir können und wollen keine weiteren Lasten tragen!



Bußgeldverfahren gegen ausländische Fahrzeughalter in Gera häufig eingestellt

Seit dem 1.1.2022 hat die Stadt Gera 60.743 Bußgeldverfahren gegen Fahrzeughalter und/oder -führer eingeleitet, 1.517 davon gegen ausländische Personen, darunter 447 Verfahren gegen Ukrainer. 1.218 Verfahren wurden eingestellt, rund die Hälfte (54,7%) davon waren ausländischen Fahrzeughaltern und/oder -führern zuzurechnen. Es ist aus meiner Sicht schlicht inakzeptabel, dass ausländische Fahrzeugführer und -halter in Gera eine große Chance haben, dass ihre Bußgeldverfahren eingestellt werden und sich daher deutlich weniger an Recht und Gesetz gebunden fühlen müssen, als deutsche. Gleiches Recht für alle bedeutet eben auch gleiche Verfolgung für alle. Dafür müssen die bürokratischen Hürden aus dem Weg geräumt werden.



Auch in der kalten Jahreszeit heißt es: aufklären, informieren und zuhören. Uns geht es nicht nur darum, die Bürger über unsere Arbeit zu informieren, sondern auch die wichtigen Anregungen der Menschen vor Ort mitzunehmen und sie in politische Arbeit umzusetzen.

Pau muss ihren Stuhl räumen!

Die Fraktion der Linken ist endlich Geschichte. Gestartet nur aufgrund dreier gewonnener Direktmandate (von denen zwei unter zweifelhaften Umständen bei der Berliner Chaoswahl errungen wurden), hat sie sich nun aufgelöst. Zurück bleiben zwei versprengte Grüppchen, die die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages nicht kennt. Zurück bleibt aber auch Petra Pau, die wohlig warm auf dem Platz des Vizepräsidenten sitzen bleibt, obwohl sie keiner Fraktion angehört. Dabei heißt es in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages doch: Jede Fraktion ist durch mindestens einen Vizepräsidenten im Präsidium vertreten. Von Grüppchen und Fraktionslosen ist aber keine Rede! Und Moment. Jede Fraktion? Der AfD-Fraktion wird noch immer der Vizepräsident verweigert, obwohl sie nun schon seit 2017 im Bundestag ist. Wir sagen ganz klar: Pau muss ihren Stuhl räumen. Dass sie womöglich auf die Privilegien einer Vizepräsidentin (z.B. ein ordentlicher Zuschlag auf die Diäten) nicht verzichten will, können wir uns vorstellen. Aber dem Rechtsbruch muss entgegengewirkt werden.

Spar- und Streichtipps für die Ampel



Die Bundesregierung sucht nach Milliarden, um den klammen Haushalt in trockene Tücher zu bringen. Wir haben ein paar Spartipps:

- 87 Millionen Euro für die flächendeckende Einführung einer Krankenversicherung in Tansania
- 120 Millionen Euro für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromnetz und für eine Ausweitung des sozialen Sicherungsnetzes gegen den Klimaschock in Pakistan
- 94 Millionen Euro für wichtige Reformen in der Finanz- und Klimapolitik in Sambia
- 200 Millionen Euro für die Umsetzung der nationalen Klimaziele Kolumbiens
- 184 Millionen Euro für die grüne Transformation, die Verwaltungsreform und die Korruptionsbekämpfung in Serbien
- 40 Millionen Euro für bedürftige Haushalte zur Entlastung der stark gestiegenen Energiekosten in Moldau
- 4 Milliarden Euro für grüne Energie in Afrika
- 44 Millionen Euro für die Unterstützung des Wassersektors in den Palästinensischen Gebieten
- mindestens 777 Millionen Euro für die Erweiterung des Kanzleramtes
- Entwicklungshilfe Afghanistan (Taliban): 371 Millionen Euro
- 10 Milliarden Euro für „Grünes Wachstum“ in Indien
- 640 Millionen Euro für Klimaprojekte und erneuerbare Energien in Nigeria
- 315 Millionen Euro für Busse und Radwege in Peru
- 170 Millionen Euro u.a. für eine sozial gerechte Energiewende im Senegal
- 80 Millionen Euro u.a. für die Produktion von Fußballfanartikeln aus Biobaumwolle in Indien
- 100 Millionen Euro u.a. für Sexualaufklärung in Mosambik



Kostenlos mit dem Zug nach Paris? Nur für Ukrainer!

Seit Einführung des sogenannten "help Ukraine"-Tickets im März 2022 wurde dieses 935.000 mal von ukrainischen Staatsangehörigen in Anspruch genommen. Es gilt für den Nah- und Fernverkehr und soll ukrainischen Flüchtlingen helfen, zu Familie und Bekannten zu reisen. Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage. Welche Kosten dadurch genau entstanden sind, will die Bundesregierung jedoch nicht verraten. Es lägen „keine Daten zu direkten zusätzlichen Kosten vor“, heißt es. Bekannt hingegen sind die Strecken, auf denen das Ticket am häufigsten in Anspruch genommen wurde. So reisten etwa 12.700 Personen jeweils von Berlin nach Köln und München. Weitere 10.000 fuhren von der deutschen in die französische Hauptstadt. Häufige Ziele waren zudem Amsterdam (fast 7.000 Fahrten), Basel (mehr als 6.000 Fahrten) und Brüssel (rund 6.000 Fahrten). Was sie dort tun und warum wir als Steuerzahler Ausflüge in die Stadt der Liebe für Ukrainer finanzieren? Das fragen wir uns auch. Während die Bürger in Deutschland mit immer höheren Kosten für immer unzuverlässigere Bahnfahrten konfrontiert werden und unter dem katastrophalen Zustand der Deutschen Bahn leiden, werden wohl hohe Summen verschleudert, um auf unbestimmte Zeit Ukrainer mit kostenlosen Tickets zu versorgen.

Ich frage mich: Warum dürfen angebliche Kriegsflüchtlinge ohne Prüfung der Vermögensverhältnisse überhaupt kostenlos herumfahren, wenn jeder Normalbürger teure Tickets erstehen muss?



Die Bundesregierung: Mehr unterwegs als vor Ort

Seit seinem Amtsantritt im Dezember 2021 hat Kanzler Scholz netto fast einen ganzen Monat im Flugzeug verbracht. Dabei hat er eine Strecke von 481.292 Kilometern zurückgelegt. Eine Entfernung, die die Distanz zwischen Mond und Erde (etwa 380.000 Kilometer) übertrifft und zwölf Erdumrundungen entspricht. Insgesamt verbrachte Scholz, Stand 7. November, in den vergangenen zwei Jahren 675 Stunden, also 28 Tage, im Flieger und war damit der Vielflieger im Kabinett - sogar noch vor Außenministerin Baerbock, die mit 471.454 Kilometern eine ähnlich weite Strecke zurücklegte. Baerbock verbrachte fast 650 Stunden im Flieger. Der ein oder andere scherzt schon, dass, wer im Flieger sitzt, zumindest nicht allzuviel Unsinn verzapfen könne. Die ausgiebige Nutzung der Flugbereitschaft durch die Mitglieder der Bundesregierung verwundert uns jedoch sehr. Schließlich ist es genau diese Bundesregierung, die uns erklärt, wir sollen am besten mit dem Lastenfahrzeug, aber zumindest mit Bus und Bahn unser Leben gestalten, Flüge unterlassen und auf den Urlaub verzichten - zu Gunsten des Weltklimas. Während die Bundesregierung dem Verbrennermotor den Kampf angesagt und am liebsten den Individualverkehr ganz abschaffen möchte, nutzt sie selbst alle Privilegien in vollem Umfang. Das ist scheinheilig und verlogen.



Wir sind für Sie da und hier:

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
kontakt@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di. bis Do. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
altenburg@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo. und Mi.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do. und Fr.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
apolda@
brandner-im-bundestag.de
Nach Vereinbarung

Besuchen Sie mich auch im Netz!

www.stephan-brandner.de
 www.facebook.com/stBrandner
 www.twitter.com/stbrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner

www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 [t.me/StephanBrandnerMdB](https://www.tiktok.com/@brandner_afd)
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>

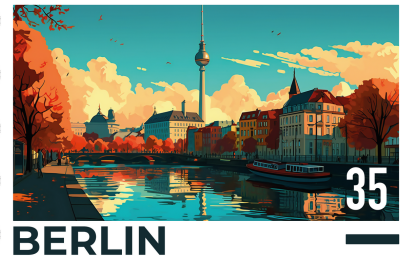
Sie wollen mehr Informationen?

Erhalten Sie den wöchentlichen Rundbrief, Einladungen und mehr. Einfach in die Kontaktliste eintragen lassen unter kontakt@brandner-im-bundestag.de.

www.stephan-brandner.de

Fahrten nach Berlin auch 2024

Auch im Jahr 2024 werden wir mehrere Fahrten aus dem Wahlkreis Gera - Greiz - Altenburger Land in die Bundeshauptstadt anbieten. Auf die Mitreisenden wartet ein spannendes Programm, das zahlreiche Besuchstermine bei politischen Institutionen, eine politische Stadtrundfahrt und auch ein wenig Freizeit zur Erkundung der Hauptstadt vorsieht. Wenn Sie noch nicht dabei waren, melden Sie sich bei meinem Mitarbeiter Heiko Gluth unter hg@brandner-im-bundestag.de und lassen Sie sich mit allen nötigen Informationen versorgen. Viel Spaß!



Arbeiten für ein besseres Deutschland

Die Hälfte der 20. Legislaturperiode ist bereits rum und ein Blick auf die Statistik zeigt: Wir arbeiten für Deutschland. Opposition bedeutet, nachfragen und nachhaken, aber auch eigene Vorstellungen und Ideen in Form von Anträgen und Gesetzentwürfen entwickeln. Bis zum 30.11.2023 habe ich allein 384 Initiativen eingebracht, mehr als alle anderen Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Ein großes Augenmerk liegt dabei auf den Anfragen an die Bundesregierung (73 Mündliche Anfragen, 176 Kleine Anfragen, 102 Schriftliche Anfragen), die auch immer wieder von der Presse aufgegriffen werden (z.B. Frisörkosten Baerbock, eingeflogene Asylbewerber, Flugrouten der Minister...).

Fragen stellen allein reicht aber nicht. Bis zum 30.11. habe ich 22 Gesetzentwürfe erstellt. Damit stammt mehr als ein Drittel der von Abgeordneten in das Plenum eingebrachten Gesetzesvorschläge aus meinem Büro. Auch 11 Anträge, in denen ich die Regierung zu einem bestimmten Verhalten auffordere, konnte ich bereits platzieren. Wir beweisen, dass es uns nicht darum geht, gegen alles zu sein. Wir machen konkrete Vorschläge, um Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen und können diese auch ohne hunderte Ministerialmitarbeiter problemlos umsetzen.

